



Verwendungseinschränkung: GdP warnt vor Schnellschüssen in den Behörden

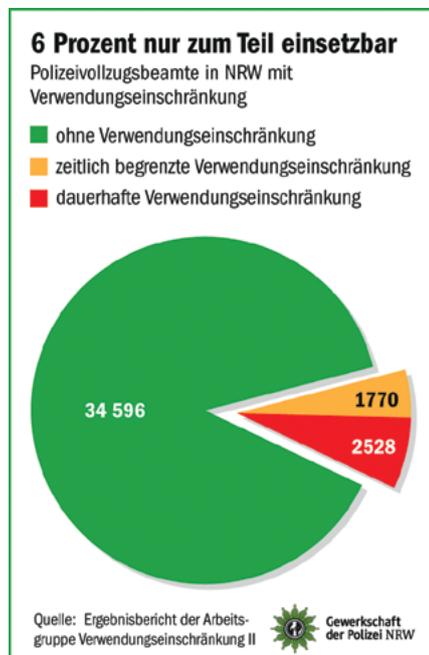
4298 der 38 894 Polizeibeamten in NRW sind als Folge ihrer jahrelangen Arbeit bei der Polizei gesundheitlich so stark belastet, dass sie nur noch eingeschränkt verwendungsfähig sind. Für 2528 Polizistinnen und Polizisten gilt das sogar dauerhaft. Das geht aus dem Ende Juli vorgelegten Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Verwendungseinschränkung II hervor. Weil die Zahl der über Fünfzigjährigen in den kommenden Jahren weiter steigt, könnte die Zahl der verwendungseingeschränkten Polizisten bis 2023 sogar noch zunehmen. Mit weitreichenden Folgen nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch für dadurch besonders belastete Polizeibehörden und die dort eingesetzten gesunden Kolleginnen und Kollegen. Die GdP hat nach dem Bekanntwerden der Zahlen vor Schnellschüssen in den Behörden gewarnt.

„Es nutzt niemandem, wenn im Dienst erkrankte Polizistinnen und Polizisten vorzeitig in den Ruhestand

drängt werden, nur weil sich im Alter gesundheitliche Probleme einstellen“, sagte Plickert.

Das sieht auch die Arbeitsgruppe Verwendungseinschränkung so. In ihrem Abschlussbericht verweist sie auf die „besondere Fürsorgeverpflichtung gegenüber den Beschäftigten, die oft jahrzehntelang ohne Beanstandungen den Polizeiberuf ausgeübt haben, aber nunmehr auf Grund fortgeschrittenen Alters nicht mehr ausüben können“. Sie fordert deshalb, dass der Grundsatz gilt: „Prävention vor Rehabilitation“ und „Rehabilitation vor Laufbahnwechsel oder Ruhestand“.

dings nach Meinung der Arbeitsgruppe realitätsfremd. „Dieses Idealbild der unabhängig von ihrem Lebensalter universell einsetzbaren Polizeivollzugsbeamten spiegelt sich in der Realität nicht wider. Insbesondere die über 50-Jährigen erfahren zunehmende Einschränkungen der körperlichen Leistungsfähigkeit durch physiologische Altersprozesse“, heißt es in dem Bericht. Um diesen Widerspruch aufzulösen, hält die Arbeitsgruppe Verwendungsein-



Von den 34 596 Polizeivollzugsbeamten in NRW sind 4234 verwendungseingeschränkt, 2528 von ihnen sogar dauerhaft. Das sind 6 Prozent aller Polizistinnen und Polizisten.

abgeschoben werden. Dadurch hätten wir nicht einen einzigen jungen Nachwuchspolizisten mehr zur Verfügung“, warnte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert. Die GdP sieht zudem das Land in der Pflicht. „Wer sich jahrzehntelang für die Sicherheit der Bürger krummgelegt hat, darf nicht einfach aus dem Polizeidienst ge-

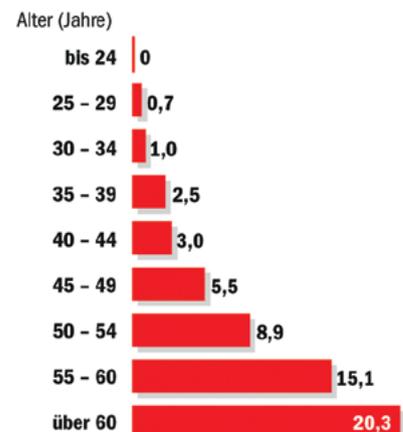
Kritik an der bestehenden PDV 300

Zugleich erinnert die Arbeitsgruppe Verwendungseinschränkung in ihrem Bericht an die rechtlichen Rahmenbedingungen, die sich aus der bundesweit geltenden Polizeidienstverordnung (PDV) 300 ergeben. „Polizeidienstfähig nach der PDV 300 sind die Beamten, die an jedem Ort, zu jeder Zeit und in jeder ihrem statusrechtlichen Amt entsprechenden Stellung eingesetzt werden können“, heißt es in dem Bericht. Polizeibeamte die dauerhaft erkrankt oder verwendungseingeschränkt sind, müssen deshalb damit rechnen, dass gegen sie ein Verfahren zur Feststellung der Polizeidienstunfähigkeit (PDU) eingeleitet wird.

Das in der geltenden PDV 300 zum Ausdruck kommende Bild einer uneingeschränkt lebenslang geltenden Leistungsfähigkeit von Polizisten ist aller-

Deutlicher Anstieg im Alter

Polizeivollzugsbeamte mit dauerhafter Verwendungseinschränkung in den einzelnen Altersgruppen (in Prozent)



Mit dem Alter steigt der Anteil der Polizistinnen und Polizisten, die nur eingeschränkt verwendungsfähig sind, stark an. In der Altersgruppe der ab 60-Jährigen gilt das sogar für jeden fünften.



Mit Verwendungseingeschränkten verantwortungsvoll umgehen!

Die Zahlen, die die Arbeitsgruppe Verwendungseinschränkung vorgelegt hat, sind erschreckend. Unerwartet sind sie nicht. 4258 Polizistinnen und Polizisten in NRW sind aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch ihre Arbeit nicht mehr voll einsetzbar. Mehr als jeder 10. Polizist. 2528 sind sogar dauerhaft verwendungseingeschränkt. Und die Zahlen werden weiter steigen, denn bis 2023 steigt die Zahl der Überfünfzig-Jährigen bei der Polizei kontinuierlich an.

Dass das so ist, liegt nicht nur daran, dass in den kommenden Jahren diejenigen in Ruhestand gehen, die Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre wegen der damaligen Sicherheitslage (RAF, terroristischer Anschlag bei den Olympischen Spielen in München etc.) eingestellt worden sind, sondern auch an der verfehlten Einstellungspolitik der jüngsten Vergangenheit. 2003 wurde beschlossen, die Wochenarbeitszeit ab dem 1. 1. 2004 auf 41 Stunden anzuheben und die besondere Altersgrenze für Polizisten ab 1. 1. 2007 schrittweise auf 62 Lebensjahre zu erhöhen. Im Gegenzug wurden die Einstellungszahlen bereits ab 2004 mehr als halbiert, von 1063 auf 480. Das rächt sich jetzt. Denn mit der

zwangsweisen Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist auch die Krankenquote nach oben geschossen. Nicht, weil die Polizistinnen und Polizisten nicht mehr wollen, sondern schlicht und ergreifend weil sie nicht mehr können.

Schon jetzt sind 74 Prozent der dauerhaft eingeschränkt verwendungsfähigen Polizistinnen und Polizisten 50 Jahre und älter. Ein weiteres Drehen an der Lebensarbeitszeitschraube macht da keinen Sinn. Es ist unanständig. Genauso wie alle Überlegungen, die im Dienst erkrankten Polizisten einfach rauszuschmeißen. Angemessener und zielführender ist hier die Schaffung von Lebensarbeitszeitkonten und eines Pensionierungskorridors. So können diejenigen, die aufgrund der hohen dienstlichen Beanspruchung krank geworden sind, ohne Abzüge in Ruhestand gehen. Das verstehen wir unter angemessener dienstlicher Fürsorge.



Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

schränkung eine neue Definition des Begriffs „dauerhafte Erkrankung“ in der PDV 300 für erforderlich.

Empfehlungen der Arbeitsgruppe

Um zu Handlungsempfehlungen für den künftigen Umgang mit verwendungseingeschränkten Polizeibeamten zu kommen, hat die Arbeitsgruppe auch den aktuellen Stand der PDU-Verfahren ermittelt. Laut dem Bericht wurden im Berichtszeitraum (ab dem 1. 1. 2012) in NRW 352 PDU-Verfahren eingeleitet. 74 Verfahren führten zu einem Laufbahnwechsel, 120 Verfahren zu einem Rechtsfolgeverzicht, 23 Verfahren zur vorzeitigen Zuruhesetzung. Die übrigen Verfahren waren noch nicht abgeschlossen.

In ihrem Bericht hat die Arbeitsgruppe darauf hingewiesen, dass neben der Situation der unmittelbar betroffenen Polizistinnen und Polizisten auch der Erhalt der Funktionsfähigkeit der Polizei und die Situation der Polizeibeamten berücksichtigt werden müsse, die selber keinen Verwendungseinschränkungen unterliegen. Vor diesem Hintergrund kommt die Arbeitsgruppe zu folgenden Empfehlungen:

- Nach Einschätzung der Arbeitsgruppe gibt es bei der Polizei NRW 2500 bis 3000 Polizeibeamte, die dauerhaft erkrankt oder verwendungseinge-

schränkt sind. Die vorhandenen Ressourcen des Polizeiärztlichen Dienstes lassen es aber nicht zu, in absehbarer Zeit bei allen betroffenen Polizeibeamten ein PDU-Verfahren einzuleiten. Deshalb soll eine Priorisierung der Verfahren erfolgen.

- Die Überprüfung der Polizeidienstfähigkeit soll sich vorrangig auf die Gruppe der dauerhaft Erkrankten (594 PVB waren im Berichtszeitraum mehr als 120 Tage krank) und auf die Gruppe der unter 50-jährigen Verwendungseingeschränkten (664 PVB) konzentrieren, um bei ihnen die Option eines Laufbahnwechsels zu prüfen.
- Die Arbeitsgruppe geht davon aus, dass pro Jahr 70 Polizeibeamte für einen Laufbahnwechsel infrage kommen. Für die entsprechende Weiterbildung müssten die erforderlichen Kapazitäten an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung bereitgestellt werden.
- In einem weiteren Schritt soll die Gruppe der erheblich Verwendungseingeschränkten (1122 PVB) in den Blick genommen werden.

GdP warnt vor weiterer Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Für die GdP ist die erschreckend hohe Zahl der gesundheitlich be-

einträchtigten Polizeibeamten auch ein Ausdruck der verfehlten Personalpolitik bei der Polizei. „Wer früher fünfzig Jahre alt war, konnte runter vom Streifenwagen, um eine andere, weniger gesundheitlich belastende Aufgabe zu übernehmen. Diese Möglichkeit haben wir schon lange nicht mehr“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert gegenüber Journalisten. „Der Bericht ist ein Weckruf, endlich mehr in das Gesundheitsmanagement der Polizei zu investieren.“ Der Landesvorsitzende warnte das Innenministerium davor, das Problem einseitig zu Lasten der erkrankten Polizistinnen und Polizisten zu lösen. „Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben ein Recht auf eine sachgerechte Prüfung ihres Einzelfalls. Ziel darf es nicht sein, möglichst viele Langzeiterkrankte unter Kürzung der Versorgungsbezüge zwangsweise in den Ruhestand zu versetzen.“ Nahrung hat diese Befürchtung vor allem durch die viel zitierte Rede des Abteilungsleiters Polizei im Innenministerium, Wolfgang Düren, erhalten, der im Oktober vergangenen Jahres sinngemäß erklärt hatte, nur wenn die „Fußkranken“ aus der Polizei gedrängt würden, gebe es Geld für mehr Neueinstellungen bei der Polizei.



Bachelor-Studium 2013:

Wie sind die Klippen zu meistern?

Mit den im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Veränderungen der Studienbedingungen sind viele kleinere Geburtsfehler des Bachelor-Studiengangs Polizeivollzugswesen korrigiert worden. Die stärkere Konzentration der Ausbildungsinhalte auf die polizeilichen Kernaufgaben und die gleichzeitige Verlängerung der einzelnen Studien- und Praxisphasen waren Schritte in die richtige Richtung, denn das Studium ist konzeptionell so angelegt, dass die Absolventen mit dem Abschluss die Befähigung für den gesamten Bereich des gehobenen Polizeivollzugsdienstes (Laufbahnabschnitt II) erlangen. Trotzdem haben sich im Detail neue Probleme aufgetan, an deren Korrektur jetzt gearbeitet werden muss.

Die Quote der Kommissaranwärterinnen und -anwärter, die in diesem Jahr diese Hürde nicht im ersten Anlauf gemeistert hat, ist noch zu groß. Die GdP hat deshalb bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Probleme an einzelnen Hochschulstandorten erste Gespräche mit der Fachhochschule und mit dem Fachbereich

renden anbieten will, damit zumindest bei der Wiederholungsprüfung nichts mehr schief läuft.

Dennoch: Zweifel daran, ob die enorme Stoffmenge, die während des Grundstudiums vermittelt wird, so in den Köpfen bleibt, kann man schon haben. Die kurze zeitliche Abfolge der fünf Klausuren und die zeitliche Nähe zur Hausarbeit kommen erschwerend hinzu. Die GdP hat die Konzentration einer Vielzahl von Einzelprüfungen auf einen kurzen Zeitraum in Gesprächen mit den Fachleuten der Hochschule und der anderen an der Polizeiausbildung beteiligten Ausbildungsträger problematisiert. Die Gremien der Fachhochschule haben daraufhin entschieden:

Bereits ab dem Studienjahr 2013 wird es zu einer Entzerrung der Klausurtermine kommen. Der Prüfungszeitraum für die Klausuren wird künftig von einer auf zwei Wochen verlängert. Dadurch wird es zwischen den einzelnen Klausuren freie Tage geben. Zudem soll die Hausarbeit weiter nach vorne verlagert werden, um zeitliche Konflikte mit der Vorbereitung für die Klausuren zu vermeiden. Auch die geplanten Prüfungsvorbereitungswochen, die die Hochschule in Zukunft anbieten will, sollen zu einer deutlichen Entspannung der Situation beitragen.

Handlungsbedarf besteht aus Sicht der GdP auch bei der Qualität der Lehrenden. 40 Prozent aller Dozentinnen und Dozenten sind Lehrbeauftragte. Bei der Auswahl der externen Experten steht die fachliche Qualifikation im Vordergrund, weniger ihre didaktische Eignung. Die GdP fordert, dass in diesem Bereich nachgearbeitet werden muss. Zudem muss der Innenminister dafür sorgen, dass mit der Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei auch

der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung die dadurch erforderlichen größeren materiellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit das hohe Ausbildungsniveau der NRW-Polizei gehalten werden kann.

Für eine noch weitergehende Kritik am bestehenden Ausbildungssystem ist es allerdings zu früh. Erst 2015, wenn der erste Reformjahrgang in den Polizeidienst

**Tobias Hahn,
Einstellungsjahrgang 2010:**



„Die Ausbildung ist vielseitig, abwechslungsreich und bietet eine gute Vorbereitung auf das nachfolgende Berufsleben als Polizeibeamter. Viele meiner Kommilitonen und ich fühlten sich durch die anfallenden Prüfungen in der Theorie, im Training und in der Praxis einem ständigen Dauerdruck ausgesetzt. Mit Freuden ist festzustellen, dass dies bei dem neuen Bachelorstudiengang nicht mehr der Fall ist und man nun in vielen Bereichen auf sog. ‚Prozessbewertungen‘ zurückgreift.“

Polizei aufgenommen. Bis es zu konkreten Verbesserungen kommt, kann es allerdings dauern, vor allem für den 2012er-Studiengang kommen sie zu spät. Deshalb bietet die GdP allen Mitgliedern, die die Prüfungsserie nicht auf Anhieb geschafft haben, Klausurchecks an, damit sie diese Hürde erfolgreich nehmen können.

Die Klausurchecks gehören schon lange zum Serviceangebot der GdP. Dass wir mit diesem Angebot Druck im Kessel aufgebaut haben, zeigt sich schon daran, dass inzwischen auch die Fachhochschule eigene Prüfungsvorbereitungswochen für die Studie-

**Jamal Hida,
Einstellungsjahrgang 2012:**



„Ich bin froh, mich für diesen Beruf entschieden zu haben. Das Studium macht mir bis jetzt viel Spaß, da es sehr abwechslungsreich ist. Nur die Prüfungen sollte man auf keinen Fall unterschätzen, da muss man von Anfang an am Ball bleiben. Die vielen Klausuren direkt hintereinander haben viele Studierende vor eine große Herausforderung gestellt. Etwas mehr Zeit zwischen den einzelnen Klausuren wäre wünschenswert.“

**Mirjam
Mühlenbrock,
Einstellungsjahrgang 2010:**



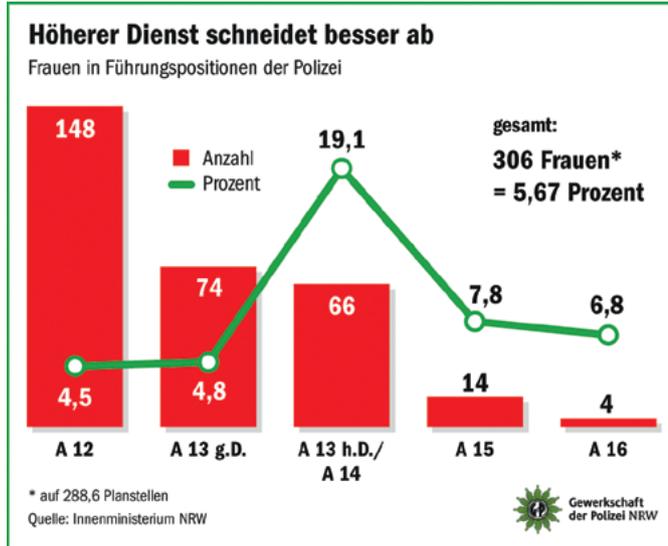
„Obwohl es in den letzten drei Jahren teilweise sehr anstrengend und vor allen Dingen auch sehr nervenaufreibend war, hat mir die Ausbildung im Großen und Ganzen sehr viel Spaß gemacht. Durch die GdP hatte ich das Gefühl, während der Ausbildung immer einen Ansprechpartner für anfallende Probleme zu haben. Ich bin froh, dass ich nun gut vorbereitet in das Berufsleben einsteigen kann.“

verabschiedet wird, kann beurteilt werden, ob es weitergehenden Reformbedarf in der Bachelor-Ausbildung der Polizei gibt. Denn erst dann gibt es belastbare Daten, wie die Studienreform von 2012 in der Praxis gewirkt hat.

Bis dahin müssen sich alle Beteiligten darauf konzentrieren, die oben beschriebenen notwendigen Veränderungen mit Leben zu füllen. Gefordert sind aber auch die Studierenden. Sie sind gut beraten, sich auf ihr Studium zu konzentrieren und möglichst früh den Kontakt zu den erfahrenen Kolleginnen und Kollegen der GdP zu suchen, wenn bei ihnen in einzelnen Ausbildungsstationen Schwierigkeiten auftreten. Auch bei der Polizei-Ausbildung gilt der alte Spruch: Nicht kleckern, sondern klotzen!



Frauen in Führungspositionen



Seit 2002 fordert der Landesfrauenvorstand der GdP die Veröffentlichung der Zahlen über den Anteil der Frauen in Führungspositionen der Polizei. Im April dieses Jahres ist das Innenministerium dieser Forderung erstmals nachgekommen – mit interessan-

ten Ergebnissen im Detail: So liegt bei den Polizeivollzugsbeamten des höheren Dienstes der Anteil der Frauen bei 10,6 Prozent. Bei den Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes liegt er sogar bei 29,4 Prozent. Zudem sind acht der 18 Polizeipräsidenten Frauen. Ganz anders ist die Situation dagegen im Bereich des gehobenen Dienstes: Obwohl der Frauenanteil bei der Polizei NRW mittlerweile bei 20 Prozent liegt, werden nur 4,5 Prozent der Führungsfunktionen in A 12 von Frauen eingenommen. Bei A 13 sieht es mit 4,8 Prozent kaum besser aus.

ten Ergebnissen im Detail: So liegt bei den Polizeivollzugsbeamten des höheren Dienstes der Anteil der Frauen bei 10,6 Prozent. Bei den Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes liegt er sogar bei 29,4 Prozent. Zudem sind acht der 18 Polizeipräsidenten Frauen. Ganz anders ist die Situation dagegen im Bereich des

Noch interessanter ist der Vergleich, wenn man die einzelnen Direktionen in den Blick nimmt. Von den 306 weiblichen Führungskräften der Polizei im Bereich A 12 bis A 16 sind lediglich 34 in der Direktion GE tätig. In der Direktion V sind es gerade einmal 8.

Das zeigt, dass Frauenförderpläne bei der Polizei noch immer erforderlich sind und dass diese weiter ausgebaut werden müssen. Damit der Karrieresprung von Frauen in der Praxis funktioniert, sind intelligente Personalverwendungskonzepte und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefragt. Ein weiterer Aspekt sind die Beurteilungen. Nur eine gute Beurteilung ermöglicht es interessierten Kolleginnen, eine Führungsfunktion zu übernehmen. Der Landesfrauenvorstand will deshalb erreichen, dass die GdP eine Studie in Auftrag gibt, in der die Themen Beurteilungsgerechtigkeit, Entwicklungsperspektiven und Berufszufriedenheit von Frauen in der Polizei untersucht werden. Der Frauenvorstand hat dazu einen Antrag für die Landesfrauenkonferenz im Oktober vorbereitet.

Deutliche Entspannung bei Erlassfrei für BePo

Jahrelang hat die GdP darüber geklagt, dass die zur Erholung dringend notwendigen 14 Wochenenden, an denen die Mitglieder der Hundertschaften arbeitsfrei haben, in Serie gestrichen werden. Das erlassfreie Wochenende drohte in NRW immer mehr zur Ausnahme zu werden. Im vergangenen Jahr galt das für mehr als die Hälfte der eigentlich erlassfreien Wochenenden (siehe

Grafik DP 1/2013). Dies bedeutete noch einmal eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2011. Jetzt beginnt der Widerstand der GdP zu wirken: Im ersten Halbjahr 2013 wurde das erlassfreie Wochenende nur in fünf Fällen für eine komplette Hundertschaft oder für zwei der drei Züge gestrichen. In neun weiteren Fällen fiel das Erlassfrei für einen Zug weg. Die Entwicklung zeigt, dass sich mit einer vorausschauenden Einsatzplanung die Überlastung der Einsatzhundertschaften in NRW begrenzen lässt. GdP-Landesvorsitzender Adi Plickert: „Die vielen vor allem jüngeren Kolleginnen und Kollegen in den Hundertschaften haben jetzt die Möglichkeit, ihre Familie und ihre Freunde zumindest ab und zu auch an einem Wochenende zu sehen.“



Deutliche Entspannung

Streichung des erlassfreien Wochenendes in den Einsatzhundertschaften in NRW (01.01. – 30.06.2013)

	■ für zwei Züge bzw. die komplette Einsatzhundertschaft	■ für einen Zug	■ keine Streichung
1. BPH (Bochum)		■	
2. BPH (Bochum)		■	
3. BPH (Dortmund)	■		
4. BPH (Bielefeld)		■	
5. BPH (Düsseldorf)	■		
6. BPH (Duisburg)		■	
7. BPH (Essen)		■	
8. BPH (Mönchengladbach)		■	
9. BPH (Wuppertal)	■		
10. BPH (Wuppertal)		■	
11. BPH (Aachen)		■	
12. BPH (Köln)		■	
13. BPH (Bonn)		■	
14. BPH (Köln)	■		
15. BPH (Köln)		■	
16. BPH (Gelsenkirchen)		■	
17. BPH (Münster)	■	■	■
18. BPH (Recklinghausen)		■	

Quelle: LZPD

Gewerkschaft der Polizei NRW



Wir sind die GdP

Seit dem 13. Juni ist es amtlich: Auch für die nächsten zwei Jahre wird die Polizei-Hauptjugend- und -Auszubildendenvertretung (PHJAV) fest in der Hand der GdP sein. Das Team um den Vorsitzenden Jan Thiemann freut sich auf die Herausforderung. „Für uns ist es selbstverständlich, dass wir uns von Anfang an gewerkschaftlich und in der Personalvertretung engagieren.“ Dass damit auch eine ganz persönliche Herausforderung verbunden ist, ist allen Mitgliedern der PHJAV klar. Gerade am Beginn der beruflichen Laufbahn ist es oft schwer, alles unter einen Hut zu bringen. „Schließlich ist auch im Dienst noch alles neu und man will nichts verpassen,“ so Sabine Geppert, die den Vorsitzenden als Stellvertreterin unterstützt. Für die neu gewählte PHJAV gibt es daher nur eine Lösung: Teamarbeit. „Wir teilen uns die Arbeit auf, so dass nicht alles an einigen wenigen hängen bleibt. Klar, dass wir auch die örtlichen JAVen aktiv mit einbinden werden, so Daniel Steffens.



Die Arbeitsliste der PHJAV ist kaum zwei Monate nach der Wahl schon gut gefüllt: Angefangen mit den teilweise gemischten Erfahrungen mit den geblockten Klausuren, über die Ausstattung der KA bis hin zur Frage, wie der Übergang von der Fachhochschule in den beruflichen Alltag in der Polizei besser gestaltet werden kann. Jan Thiemann: „Natürlich ist das alles noch neu, aber wir freuen uns auf zwei spannende Jahre. Uns geht es darum, die Interessen der Anwärter und Auszubildenden in der Polizei Gehör zu verschaffen.“

Alaska, Afrika, Asien – Mit der GdP auf Entdeckungstour

Rund 800 Kolleginnen und Kollegen haben den ersten Samstag in den Sommerferien genutzt, um zum diesjährigen GdP-Fami-

lientag in die ZOOM Erlebniswelt nach Gelsenkirchen zu kommen. Unter dem Motto „Mit der GdP auf Entdeckungstour“ wur-

den die Welten Alaska, Afrika und Asien erforscht. Speziell für unsere Mitglieder wurden an vielen Stellen kommentierte Tierfütterungen angeboten, so dass man einiges über die Tiere und deren natürlichen Lebensraum erfahren konnte. Wer gut zugehört hat, konnte ohne Probleme das GdP-Quiz lösen und eine Jahreskarte für die ZOOM-Erlebniswelt für die ganze Familie gewinnen.

Am Grimmbergerhof standen für alle Kolleginnen und Kollegen über die Mittagszeit ein Suppenbüfett und Getränke zur Verfügung, so dass jeder die Möglichkeit hatte, auch einmal außerhalb der normalen Arbeitsroutine mit Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen. Der GdP-Infostand diente den Tag über als Treffpunkt zwischen den drei Welten, so dass Fragen und Anliegen direkt geklärt werden konnten.

Aus vielen unterschiedlichen Kreisgruppen sind die Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familien und Freunden nach Gelsenkirchen zum Familientag gekommen. Eins kann man mit Sicherheit sagen: Dieser Tag schreit nach Wiederholung!



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 12. 9. Hildegard Hampel, Bochum
- 17. 9. Gertrud Salewski, Lennestadt
- 20. 9. Elisabeth Böhm, Münster
- 21. 9. Elfriede Kaiser, Düsseldorf
- 22. 9. Franz Hupe, Duisburg
- Hildegard Machholz,
Recklinghausen
- 25. 9. Rosalie Herzog, Weilerswist
- Willibald Jasche, Detmold
- 27. 9. Heinz Tretting, Düren
- 28. 9. Alfred Mertens, Waldbröl
- Wilhelm Schumacher,
Übach-Palenberg
- Hans Siekmann, Bielefeld

91. Geburtstag

- 1. 9. Kurt Lixfeld, Mülheim
- 7. 9. Hanna Wallek, Herne
- 9. 9. Magdalena Natelberg, Hörstel

- 11. 9. Rudi Garmann, Ahaus
- 14. 9. Klara Hackenberg, Münster
- 20. 9. Günter Cremer, Kirchlegern

92. Geburtstag

- 3. 9. Hedwig Mathis, Haltern
- 8. 9. Marie Rothlübbers, Dorsten
- 11. 9. August Wilhelm, Köln
- 12. 9. Anneliese Herkenrath,
Swistal-Heimerzheim
- Irene Symanzik, Hagen
- 14. 9. Magdalena Engler,
Wietmarschen
- 29. 9. Anneliese Heuser, Wesel
- 30. 9. Luise Günther, Bonn
- Helga Schade, Haan

93. Geburtstag

- 1. 9. Inge Schmidt, Velbert
- 7. 9. Ursula Becker, Erkelenz
- 17. 9. Heinz Krella, Herten
- 20. 9. Johann Gebert, Illertissen
- 30. 9. Josefine Winter, Hürth

94. Geburtstag

- 4. 9. Heinz Bräer, Hennweiler
- Charlotte Vogt, Düsseldorf
- 9. 9. Katharina Brune, Duisburg

- 12. 9. Ernst Gräwinger, Wuppertal
- 13. 9. Hedwig Probst, Bottrop
- 15. 9. Hans Bauhoff, Köln
- Wolfgang Hofmann, Bonn
- 16. 9. Hilda Horstmann, Dinslaken
- 25. 9. Wilhelm Adorf, Frechen
- 26. 9. Anneliese Goertz,
Mönchengladbach
- 29. 9. Helene Halbach, Wuppertal

95. Geburtstag

- 9. 9. Elisabeth Ortman, Duisburg
- 30. 9. Luise Haarhaus,
Gelsenkirchen

96. Geburtstag

- 9. 9. Anna Schmelter, Overath

97. Geburtstag

- 9. 9. Katharina Brodessa, Bonn

100. Geburtstag

- 4. 9. Otto Kult, Unterweißbach

105. Geburtstag

- 9. 9. Else Busch, Duisburg



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Oktober-
Ausgabe ist der 9. September 2013.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

Eintrittsjahr: 1948 65 Jahre GdP NRW

Seit dem 22. 7. 1948 besteht die GdP NRW 65 Jahre! Und es gibt tatsächlich fast 250 Mitglieder, die bereits im Jahre 1948 eingetreten sind und der GdP NRW seit sage und schreibe 65 Jahren ununterbrochen die Treue halten.

Diese Jubilare werden in diesem Jahr mit einer besonderen Ehrennadel, einer Urkunde und einem persönlichen Anschreiben des Landesvorsitzenden in angemessenem Rahmen geehrt.

Die GdP NRW bedankt sich ganz herzlich für so viel Treue!



Zahlendreher bei SEPA-Info

In DP 08/2013 haben wir über die Umstellung auf das SEPA-Lastschriftverfahren berichtet. Leider ist uns ein Zahlendreher unterlaufen. Die korrekte Gläubiger-Identifikationsnummer lautet DE42ZZZ00000468111.



Schneller informiert sein. Vor den anderen

GdP-App seit einem Jahr verfügbar

Was steht im Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe Verwendungseinschränkung? Wie geht's nach der Entscheidung?



24.07.2013 - Pressemitteilung
**Hohe Zahl
 verwendungseingeschränkter
 Polizisten ist besorgniserregend**



Düsseldorf. - Jeder zehnte der knapp 40 000 Polizisten in NRW ist als Folge seiner jahrelangen Arbeit bei der Polizei gesundheitlich so stark belastet, dass sie nur noch eingeschränkt einsatzfähig ist. 2 528 ...



derung des Landtags, den Tarifabschluss nur für die unteren Besoldungsgruppen eins zu eins zu übernehmen, weiter? Was bedeutet die Ausweitung der kommunalen Blitzer für die Arbeit der Polizei? – das sind nur drei der Fragen, die in den vergangenen Wochen in vielen

Dienststellen diskutiert worden sind. Wer mitreden will, muss früh informiert sein. Seit September vergangenen Jahres gibt es dazu die GdP-App, damit der Informationsfluss auch von unterwegs aus funktioniert. Und damit jeder überall erfahren kann, wie sich die GdP in aktuellen Diskussionen positioniert hat.



Die GdP-App ist ein gemeinsames Angebot aller Landesbezirke und des Bundesvorstands. Deshalb kann man über die GdP-App nicht nur die aktuellen Informationen des Landesbezirks NRW abrufen, sondern mit wenigen Klicks auch die der anderen Bezirke und des Bundesvorstands.

Seit dem Start sind die NRW-Seiten der GdP-App kontinuierlich ausgebaut worden. Zeitgleich mit der Homepage werden

dort nicht nur alle Pressemitteilungen des Landesbezirks eingestellt, sondern auch sämtliche Broschüren und das Landesjournal NRW. Auch die Kontaktadressen des Landesbezirks und der Kreisgruppen sind dort abrufbar, ebenso wie die Terminübersicht „GdP aktiv“ und das aktuelle Seminarprogramm.

Im November vergangenen Jahres ist der Schichtdienstplaner hinzugekommen, mit inzwischen mehr als 270 verschiedenen Schichtdienstdateien. In diesem Jahr auch die Stellentauschbörse der GdP und auf einer eigenen Unterseite „Aktionen“, eine ständig aktualisierte Übersicht über alle Aktivitäten der GdP zur Übernahme des Tarifergebnisses.

Die GdP-App gibt es für Apple- und Android-Handys.



- [Übernahme Tarifergeb...](#)
- [Übernahme Tarifergebnis](#)
- [Resolution](#)
- [GdP-Aktionen](#)
- [Aktionen vor Ort](#)
- [Tarifergebnis 2013](#)
- [Fragen und Antworten](#)



Musteranträge für Urlaubsgeld

Mit dem Juli-Gehalt hätten die Beamtinnen und Beamten in NRW auch das Urlaubsgeld für dieses Jahr bekommen – wenn die Sonderzahlung nicht bereits 2003 von der damaligen Landesregierung abgeschafft worden wäre. Ob die Streichung des Urlaubsgeldes rechtmäßig ist, steht noch nicht endgültig fest. Das Bundesverfas-

sungsgericht will darüber erst im Laufe dieses Jahres entscheiden. Um keinen Rechtsnachteil zu erleiden, müssen deshalb alle aktiven Beamten, die sich bereits vor 2003 im Dienst befunden haben, auch in diesem Jahr einen Antrag auf Zahlung des Urlaubsgeldes stellen. Die GdP hat dafür auf ihrer Homepage einen Musterantrag bereitgestellt.



Tauschbörse 2013 erfolgreich abgeschlossen

Im Rahmen des Polizeinachersatzverfahrens 2013 führte die Polizei-Hauptjugend- und -Auszubildendenvertretung (PHJAV) auch in diesem Jahr wieder eine landesweite Tauschbörse durch.

Erstmalig wurde die Tauschbörse auch über Facebook betrieben, um es den Kommissaranwärtern/-innen zu erleichtern, einen passenden Tauschpartner zu finden.

Nachdem das Polizeinachersatzverfahren 2013 durch das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Perso-

nalangelegenheiten (LAFP) abgeschlossen wurde, stehen die neuen Behörden für die Erstverwendungen fest.

Die erst seit 1. Juli im Amt befindliche PHJAV ist froh, in diesem Jahr 43 Tauschgesuche realisieren zu können. So viele, wie noch nie zuvor.

Die PHJAV dankt der Koordinierungsstelle für Versetzung beim LAFP für die gute Zusammenarbeit. Denn ohne die große Kooperationsbereitschaft der Mitarbeiter des LAFP wäre die Tauschbörse in dieser Form nicht möglich.

Glücksnummern des Monats

45 52965
Robert Hülsmeier, Bochum
45 18133
Anika Nigbur, Aachen
45 19041
Daniel Oestermann, Bielefeld
45 15230
Robert Markus, Recklinghausen
Die Gewinner erhalten den Kriminalroman „Umgelegt“ von den Düsseldorfer Krimi-Cops.

„DU WIRBST!“ geht in die vierte Runde!

Nach der Sommerpause startet die erfolgreiche Mitgliederwerbaktion der GdP NRW „DU WIRBST!“ in die vierte Runde. Denn es gibt viele gute Gründe, in die GdP einzutreten und doch stellt das Werben aus dem Bestand eine besondere Herausforderung dar. Jedes Mitglied, das in dem Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2013 ein neues Mitglied (ohne Berufsanfänger) für die GdP wirbt, nimmt automatisch an der Verlosung teil. Als Hauptgewinn lockt dieses Mal eine tolle Städtetour für zwei Personen nach Hamburg, mit zwei Übernachtungen, inklusive Stadtrundfahrt. Die Mitgliederwerbaktion „DU WIRBST!“ ist nicht nur als Anreiz für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort gedacht, sondern auch als Dankeschön an die Werber.

Weitere Informationen zur Mitgliederwerbaktion „DU WIRBST!“ unter:
Sandra Anders, Tel.: 02 11/2 91 01-24,
sandra.anders@gdp-nrw.de oder
www.gdp-nrw.de



GdP aktiv

- 4. 9., Personalrätekonferenz des DGB NRW in Düsseldorf
- 6. 9., Tagung Höherer Dienst in Kamen
- 8. 10., Landes-Frauen-Konferenz NRW in den Westfalenhallen, Dortmund
- 16. 10., Tarifforum NRW im LAFP, Selm
- 17. 10., Landes-Senioren-Konferenz im LAFP, Selm

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

4. September, Seniorentreffen mit Vorstandswahlen, 14.00 Uhr, Treffpunkt: Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach.

Kreisgruppe Düsseldorf

12. Oktober, Treffen der ehemaligen EH-Färberstraße, weitere Infos: Manfred Kieselbach, Telefon 0 21 04/3 19 02, Treffpunkt: 10.00 Uhr, Brauerei Schumacher, Oststr. 123, 40210 Düsseldorf.

Kreisgruppe Köln

19. September, Info-Treffen, Kollege Plange-Thönissen referiert zum Thema „Senioren im Straßenverkehr, 2. Teil“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln.

Kreisgruppe Unna

12. September, Podiumsdiskussion mit den Bundestagskandidaten des Wahlkreises, Treffpunkt: 19.00 Uhr, Ev. Gemeindehaus Südkamen, Perthesstr. 6, 59174 Kamen.

NACHRUFE

Peter Ahmann	3. 6. 1968	Gelsenkirchen	Hans Reinhardt	19. 9. 1919	Bielefeld
Günter Dorka	17. 2. 1932	Essen/Mülheim	Walter Rosowski	26. 8. 1922	Bochum
Richard Golinski	28. 7. 1921	Regio Köln	Magdalene Schlenz	24. 12. 1919	Bergisches Land
Egon Haugrund	6. 11. 1954	AP Dortmund	Hans Josef Schweins	10. 7. 1947	Warendorf
Hildegard Holz	5. 7. 1921	Gelsenkirchen	Günter Seidler	16. 3. 1939	Bergisches Land
Peter Honnef	23. 6. 1949	Gelsenkirchen	Werner Ungewitter	16. 8. 1926	Rhein.-Berg.-Kreis
Lothar Klinger	6. 8. 1932	Lippe	Ulrich von Heißen	13. 10. 1951	Soest
Udo Koch	11. 12. 1958	Bonn	Bernhard Voß	21. 9. 1909	Dortmund
Werner Krawczyk	23. 1. 1933	Dortmund	Horst Wachtel	20. 11. 1927	Bergisches Land
Heinz Kühn	19. 7. 1927	Duisburg	Jörg Waßmuth	10. 8. 1963	DHPol
Renate Lakemper	25. 12. 1940	Selm	Detlef Wilker	2. 3. 1955	LKA
Richard Müller	4. 3. 1924	AP Düsseldorf			

